

WINDKRAFT VERTREIBT DEMOKRATIE



Bild: Adobe Firefly KI generiert

Am 14.12.2022 erfuhren die Bürger des Landkreises Altötting aus heiterem Himmel, dass bei ihnen „Deutschlands größter Onshore-Windpark“ im Staatsforst geplant sei. 40 Windräder mit einer Nabenhöhe von 199 Metern und einer Gesamthöhe von 287 Metern sollten es letztendlich werden.

Bereits am selben Tag (!) stimmte die Stadt Altötting über dieses Projekt ab, ohne weitergehende Informationen zum Projekt zu haben. Nach Altötting folgten sehr schnell die Abstimmungen in den weiteren betroffenen Gemeinden. Sieben Gemeinden stimmten für die Windräder, Kastl lehnte sie ab und Emmerting hat erst gar nicht abgestimmt. Innerhalb von nur zwei Monaten wurden die Abstimmungen durch die Gemeinderäte gepeitscht.

Man hatte es also sehr eilig. Man wollte Nägel mit Köpfen machen, bevor der Bürger merkt, was los ist. Demokratie würde da nur stören. Denn auch wenn Minister Aiwanger sagte „es gibt keinen Widerstand aus der Bevölkerung“, war klar, dass das das berühmte Pfeifen im Wald war. Der Widerstand kam unerwartet schnell! Bereits in der Sitzung in Altötting kündigte ein Stadtrat Widerstand an, weil er meinte, solche großen Projekte könne man nicht über die Köpfe der Bürger entscheiden.

Schon wenige Tage später wurde eine Telegrammgruppe gebildet, aus der dann rasch die Bürgerinitiative (BI) ‚Gegenwind Altötting‘ entstand. Diese war von Anfang an hochmotiviert, schrieb Emails und Briefe an Stadt- und Ge-

meinderäte, entwarf Flyer, Aufkleber, Plakate und Banner, erstellte eine Homepage, weitete sich auch auf Facebook aus und sammelte Unterschriften für mehrere Bürgerbegehren.

Da das den Plänen der Regierung gefährlich werden konnte, schoss man aus allen Rohren gegen die BI. Die Presse rückte sie wahrheitswidrig in AfD-Nähe, Referenten wurden diskreditiert und belegbare Argumente als Falschaussage verächtlich gemacht. Man tat alles, um Windkraft im Wald gutzureden.

Und schon damals wurden die Regeln gebrochen und nachträglich verändert. Denn in den Beschlussvorlagen der Stadt- und Gemeinderäte war festgelegt, dass ALLE beteiligten Gemeinden zustimmen müssten, um das Projekt weiter treiben zu können. Und obwohl aus Kastel ein NEIN kam und aus Emmerting kein JA erfolgte, wurde das Projekt dennoch angestoßen. Die Regeln gelten eben nicht, sobald sie lästig werden.

Man erzählte den Räten auch, die Abstimmungen seien im Prinzip gar nicht nötig, es sei nur ein Entgegenkommen der Bay. Staatsforsten. Auch das war eine glatte Lüge, denn die Zustimmung der Gemeinden war Voraussetzung und somit zwingend nötig. Die Presse griff das natürlich nicht auf und stürzte sich lieber auf die BI. Dilettantismus und fehlende Ernsthaftigkeit wurden ihr öffentlich vorgeworfen; die Initiatoren des Bürgerbegehrens hätten „nachweislich keine Sach- und Fachkenntnis“ zum „Ablauf der Bürgerbeteiligung“, konnte man in der Tageszeitung lesen.

Dennoch fuhr die BI beim ersten Bürgerentscheid in der Gemeinde Mehring mit 63% ein großartiges Ergebnis ein und konnte dort den Bau von 10 Anlagen verhindern.

Dass man dem Establishment damit einen schweren Stoß versetzte, wurde erst dann so richtig offensichtlich. Auf einmal wurde die BI zur Gefahr für die gesamte Energiewende in Bayern. Und plötzlich war Minister Aiwanger Dauergast im Landkreis, das Bayerische Fernsehen machte sogar eine Sendung „Jetzt red I“, die Betreiber-

firma Qair brachte Broschüren in Umlauf, Veranstaltungen wurden abgehalten, die Presse schoss weiterhin gegen die BI und sogar der BUND und der Landesbund Vogelschutz stellten sich auf die Seite der Windkraftbefürworter!

In der Gemeinde Markt wurde dann dieselbe Frage, die in Mehring zur Abstimmung kam, abgelehnt und durch ein vom Gemeinderat vorgeschlagenes Ratsbegehren ersetzt. Dessen Fragestellung war jedoch so gestaltet, dass eine Ablehnung vermutlich zu einem gesetzwidrigen Beschluss des Rates geführt hätte und vom Landratsamt gekippt worden wäre. Eine Möglichkeit, die Windkraftanlagen im Wald zu verhindern, bot dieses Ratsbegehren also nicht. Man streute den Bürgern Sand in die Augen.

Auch das Angebot einer gemeinsamen Info-Veranstaltung „auf Augenhöhe“ war ebenfalls nur Schall und Rauch. Einigte man sich anfangs noch auf eine öffentliche Podiumsdiskussion „zwei gegen zwei“ so war die Gewichtung letztendlich 8 gegen 1. Denn dem Vertreter der BI standen dann am Tag der Veranstaltung plötzlich u.a. Vertreter der Industrie, der Betreiberfirma Qair, der Bay. Staatsforsten, der Landrat, der Bürgermeister und Minister Aiwanger gegenüber. Und während der BI externe Experten als Redner verboten wurden, machte die Gegenseite fleißig Gebrauch davon. „Auf Augenhöhe“ sieht anders aus, meinte die BI, verlas ein Statement und verließ die Bühne.

Und weil die Bürgerinitiative erfolgreicher und damit gefährlicher als befürchtet ist und weitere Abstimmungen in Haiming und Neuötting ankündigte, musste man nun dringend handeln. Denn es könne ja nicht sein, dass der Bürger etwas zu sagen habe. Wo kämen wir denn da hin, wenn der Souverän entscheiden dürfe! Also muss man dem Bürger das Recht zur Mitbestimmung nehmen. Und genau das forderte Herr Aiwanger, also jener Minister, der auf einer Demo in Erding im Sommer noch ins Mikrofon rief „die schweigende Masse muss sich die Demokratie wieder zurückholen“!

Aiwanger kündigte inzwischen an, sich durch Bürgerinitiativen nicht mehr aufhalten zu lassen (!), und deshalb die sog. Kommunalklausel zu ändern. Diese findet sich in der Satzung der Bay. Staatsforsten und besagt, dass man bei Bauvorhaben die Zustimmung der entsprechenden Gemeinde braucht – was man durch Bürgerbegehren bisher verhindern konnte. Also muss die Klausel und damit die Meinung der Bürger weg.

In einer Pressemitteilung schrieb Aiwangers Ministerium am 3.5.2024 noch: *„Der Bürgerentscheid in Mehring hat uns gezeigt, dass wir zur Windkraft noch mehr informieren müssen... Der Ausbau der erneuerbaren Energien geht nur gemeinsam mit den Bürgern.“*

Jetzt sind sowohl Informationen als auch das „gemeinsam“ nicht mehr wichtig.

Und das obwohl Aiwanger noch einen Tag vor Abschaffung der Kommunalklausel Ministerpräsident Söder davor warnte, Bürgerentscheide zu beschneiden. Er würde eine massive Beschneidung der Bürgerbeteiligung nicht mittragen, so Aiwanger.

Bereits einen Tag später galten seine Aussagen schon nicht mehr und er machte buchstäblich das Gegenteil von dem, was er am Vortag noch sagte: Er nahm genau diese massive Beschneidung der Bürgerbeteiligung vor, indem er als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bay. Staatsforsten die Kommunalklausel kippte und Bürger deshalb zukünftig auch nicht mehr abstimmen können.

Eine schriftliche Anfrage der Bürgerinitiative bei Aiwangers Ministerium, welche Auswirkungen die Abschaffung der Kommunalklausel auf das Projekt in Altötting hat, blieb trotz Nachfrage bislang unbeantwortet.

Bürgerinitiative Gegenwind Altötting

Zum Online-Artikel:
<https://tinyurl.com/2bxzd899>



DAS ENDE DES „ENERGIEWENDE“-SCHWINDELS ...und die Situation der Stromversorgung in Bayern

„Die größte Gefahr der Moderne geht nicht von der Anziehungskraft nationalistischer und rassistischer Ideologien aus, sondern von dem Verlust an Wirklichkeit. Wenn der Widerstand durch Wirklichkeit fehlt, dann wird prinzipiell alles möglich.“ Hannah Arendt

„Manchen Völkern genügt eine Katastrophe, um sie zur Besinnung zu bringen. Bei den Deutschen, so scheint es, bedarf es des Untergangs.“ Arthur Moeller van den Bruck, 1876-1925, Kulturhistoriker

Völlig unbemerkt von der propagandaverstrahlten und sachkenntnislosen Öffentlichkeit vermeldete am 08. Juli 2024 die Energienachrichtenseite Montelnews, dass zwischen 2030 und 2038 in Deutschland bis zu 14 GW an Kohlekapazitäten (aktuell 30GW) am Markt bleiben müssen. Daraufhin forderte EnBW den Erhalt von sogar 20 GW Kohlekapazitäten, welche übrigens auch nicht reichen werden, da Deutschland eine Netzspitze von zuletzt 75 GW hatte (die Leistung im deutschen Netz schwankt zwischen 50 GW = Grundlast und 75 GW = Spitzenlast) und im Winter – wie immer – mit wochenlangem Dunkelflaute zu rechnen ist, bei der der sinnlose und das Stromnetz gefährdende Zitterstrom von Solar und Wind komplett ausfällt.

Bereits am 14. März 2024 warnte die ehemalige Bundesumweltministerin Reiche, jetzt Chefin der E.ON Tochter Westenergie, dass ein Kohleausstieg 2030 zu hunderten ganztägigen Abschaltungen führen würde. Ein schneller Kohleausstieg sei abhängig davon, wann wasserstofffähige Gaskraftwerke ans Netz gehen. Da es diese Mangels Wasserstoff und seiner chemisch-physikalischen Eigenschaften nicht gibt und weder technisch noch wirtschaftlich geben kann, ist der Kohleausstieg und damit ein wesentlichster Punkt, der sogenannten „Energiewende“, und damit diese selbst bereits gestorben

Wer nur etwas Ahnung von Kraftwerks- und Stromnetzbetrieb hat, weiß, dass dies faktisch der ganzjährige Zusammenbruch der Stromversorgung wäre, denn es ist unmöglich unter solchen Bedingungen die Netzstabilität aufrecht zu erhalten oder Großkraftwerke permanent an- und abzufahren oder einen kalkulierbaren Stromhandel durchzuführen. Bis 2045, also in 21 Jahren, sollte Deutschland nach der Wahndeologie aller Blockparteien und nicht nur der

grünen Ökofaschisten, „klimaneutral“ sein, das heißt, keinerlei Energiequellen nutzen, bei deren Umwandlung Kohlendioxid ausgestoßen wird.

Kein Strom aus Kohle, Gas und Öl, keine Kernenergie, kein Diesel, Kerosin oder Benzin für den Verkehr, Heizen nur mit Strom und Wärmepumpen, wobei der Stromanteil hier nur etwa 15-20% des Primärenergieverbrauchs ausmacht. Bereits daran erkennt man, dass es sich bei der „Energiewende“ um reinen Wahnsinn oder bewussten Selbstmord handelt.

Ist eine „vollelektrische Gesellschaft“ durch „erneuerbare Energien“ möglich?

Die Energiewende, diese große Transformation wird in einer Salamitaktik auf allen Ebenen vorangetrieben, ohne dass der Bürger die erosiven Veränderungen versteht. Jean-Claude Juncker hat mit frappierender Offenheit den Prozess zur Übertölpelung der Bevölkerung beschrieben: *„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“*

Am 26. Juni 2024 kam es zum Offenbarungseid des Energiewendewahns der zeigte wie kaputt die Lage der deutschen Stromversorgung bereits jetzt ist: Aufgrund eines IT-Fehlers im Stromhandel entstand für die Marktteilnehmer der Eindruck das deutsche Stromnetz habe sich abgekoppelt und müsste isoliert vom Ausland versorgt werden.

Es zeigte sich, was Strom in Deutschland ohne Importe aus dem Ausland und mangels eigener Erzeugungskapazitäten kostet: Während die Megawattstunde (1000 Kilowattstunden) in Frankreich nicht einmal 3 Euro kostete, waren es in Deutschland fast 500 Euro – etwa 166 Mal so hoch.

Der Grund: Wegen eines technischen Fehlers an Europas größter Strombörse „epexspot“ war der Strom-Handel zwischen den Ländern nicht möglich, alle Länder waren also mit ihrer Strom-Produktion auf sich alleine gestellt.

Deutsche Strom-Händler konnten also keinen günstigeren Strom aus dem Ausland einkaufen, was dazu führte, dass schnell deutsche Koh-

le- und Gas-Kraftwerke hochgefahren werden mussten, um 7 Gigawatt fehlenden Strom zu erzeugen – was den Preis hat explodieren lassen.

„Dass Deutschland ein Kapazitätsproblem hat, ist allen im Stromhandel-Segment klar, aber wie stark sich das auswirken kann, hätten selbst unsere erfahrensten Analysten überrascht“, sagte der Geschäftsführer eines großen europäischen Stromhändlers. Und weiter: *„Der gestrige Tag, der aus Sicht von Wind und Sonne ein ganz normaler war, ist ein eindeutiger Hinweis darauf, was in Deutschland bei der Energiewende alles falsch läuft.“*

Wie ist nun die Lage im ehemaligen hochindustrialisierten Kernenergie- und Wasserkraftland Bayern?

Bayern hatte noch 2019 eine Stromverbrauchsspitze von 12.700 MW und einen Bruttostromverbrauch von ca. 90 Milliarden kWh.

70% des grundlastfähigen und steuerbaren Stroms kamen bis 2011 aus den 5 Bayerischen Kernkraftwerken, 20% aus den Wasserkraftwerken, große Kohlekraftwerke gibt es in Bayern nur 2, nämlich Zolling bei Freising mit 500 MW brutto und das Heizkraftwerk Nord München mit 375 MW.

Mit Stilllegung der bayer. Kernkraftwerke Isar 1, Isar 2, Grundremmingen B+C, Grafenrheinfeld, verschwanden 5.100 MW ersatzlos.

Dazu kommen 2.644 MW Wasserkraftstrom, davon 20% aus den so heftig wie unsachlich und dumm kritisierten Kleinkraftwerken. plus ca. 1.000 MW Steinkohlestrom, diese Kraftwerke sind nur Teillast- oder Mittellastkraftwerke für die kalte Jahreszeit. 70% des bayerischen Stromverbrauchs mit über 99% Jahresstunden-Verfügbarkeit wurden ersatzlos vernichtet!!! Das sind oder waren dann insgesamt 94 % der regelbaren Stromerzeugung Bayerns.

Die Jahreshöchstlast kann im ehemaligen Stromexportland Bayern schon seit spätestens 2015 nicht mehr selbst erzeugt werden, 2023 existiert nur noch rein rechnerisch 27% grundlastfähige und steuerbare Stromerzeugung. Zusätzlich befinden sich die Übertragungsnetze jetzt bereits an der Grenze der Belastungsfähigkeit!

Heuer werden es dann im Winter bereits bis 70 % sein, die importiert werden müssen, dafür gibt

es dauerhaft weder im Ausland die Kapazitäten noch die übertragungsfähigen Leitungen und Transformatoren, von den technischen Problemen des Blindstroms etc. einmal ganz abgesehen.

Erst am 30.04.2023 schlug Wirtschaftsminister Aiwanger plötzlich Alarm, die bayerische Stromversorgung sei in akuter Gefahr!

Er erklärte, dass die Meinung der Bundesregierung abwegig sei, Bayern, das früher massiv Strom nach Österreich exportierte, könne jetzt von Österreich dauerhaft die fehlenden Kapazitäten ersetzt bekommen. Österreich ist dazu weder in der Lage noch Willens. Der gleiche Aiwanger wollte vor kurzem noch die 5 bayrischen Kernkraftwerke durch 300 Windräder ersetzen, welch Unfug ...

Der deutsche Brutto-Jahresverbrauch liegt bei jetzt nur 517 Mrd kWh, wovon nur noch 449 Mrd. kWh in Deutschland erzeugt wurden! 68 Mrd. kWh müssen also bereits permanent importiert werden!

Der Brutto-Jahresverbrauch war 2007 noch bei 624 Mrd. kWh und zeigt wie die deutsche Wirtschaft seit der Eurokrise 2008 und dem Energiewendewahnsinn real geschrumpft und verarmt ist. Der Rückgang um 107 Mrd. kWh entspricht ca. 132% des Stromverbrauchs des Hochindustrielandes Bayern mit 81 Mrd. kWh!

Es ist also wirtschaftlich ein Bundesland größer wie Bayern verschwunden! Jetzt hängt alles an der Kohle. Wer bis 2027 nicht abgestellt hat bekommt keine Kompensation mehr, also wird ein Anreiz zur Abstellung statt zur dringend notwendigen Erzeugung gesetzt! Alles auf Kosten der Verbraucher, von Handwerk und Industrie.

Wir alle wollen das wohl so, oder wir wissen es nicht weil wir es nicht wissen sollen!

Gastautor: Markus Engelsberger, Energiewirtschafts Kaufmann und Rechtsanwalt, Kraftwerksbetreiber (von 2006-2016 alleinstimmberechtigter Vertreter der Energiewirtschaft in der Vollversammlung der IHK München-Oberbayern)

Ann. d. Red.: Zum Onlineartikel inkl. Quellen und Hinweisen:
<https://tinyurl.com/226rqjum>

